



TOP III Kindergesundheit in Deutschland

III - 18 Kindergesundheit bei Migranten

ENTSCHLIESSUNG

Auf Antrag von Prof. Dr. Kahlke (Drucksache III-18) fasst der 110. Deutsche Ärztetag folgende EntschlieÙung:

Kindergesundheit bei Migranten

In Deutschland leben ca. 7,3 Mio. Ausländer mit ihren Kindern.

Der Gesundheitszustand von Migrantenkindern ist deutlich schlechter als bei den Kindern in Deutschland insgesamt. Eltern von Migrantenkindern nehmen außerdem seltener an Vorsorgeuntersuchungen teil. Gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt sind Migranten und ihre Kinder sozial benachteiligt durch höhere Erwerbslosigkeit, mangelnde Berufsausbildung und häufig fehlenden Schulabschluss.

"Bei diesen Kindern und Jugendlichen führt die soziale Benachteiligung dazu, dass sie häufiger erkranken oder vermehrt an psychosozialen Störungen leiden" (Prof. Harald Bode, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie und Jugendmedizin).

Eine empirische Untersuchung hat bei Kindern ohne sicheren Aufenthaltsstatus, z. B. so genannter Duldung, in mehr als 60 % behandlungsbedürftige psychische Störungen festgestellt ("Kinderstudie" von "Fluchtpunkt" und Flüchtlingsambulanz am Universitäts-Klinikum Hamburg-Eppendorf). Besonders betroffen von Mangel an gesundheitlicher Versorgung sind Familien mit Kindern, die in so genannter aufenthaltsrechtlicher Illegalität leben. "Schwere Erkrankungen, eine Schwangerschaft, ein ausbeuterisches Arbeitsverhältnis und fehlende Bildungsmöglichkeiten für die Kinder bringen Menschen in der Illegalität oftmals in äußerst bedrückende Situationen" (Weihbischof Dr. Josef Voß, Vorsitzender des Katholischen Forums 'Leben in der Illegalität').

Ansteckende Krankheiten wie Tuberkulose, HIV- und andere Infektionen bleiben oft unbehandelt. Aus Angst vor Aufdeckung ihres illegalen Status und drohender Abschiebung scheuen sich viele vor medizinischer Behandlung, nicht selten mit gefährlichen Folgen für sie selbst und ihre Umgebung.

Die hier aufgeführten Zustände bedeuten eine humanitäre Herausforderung für Staat und Gesellschaft, auch für die sozialen Gruppen in besonders prekären Lebenslagen einen sicheren Zugang zu angemessener medizinischer Grundversorgung zu gewährleisten; dazu gehören auch Schwangerschaft und Entbindung.

Illegale Migration und ihre sozialen Auswirkungen sind Teil der globalisierten Welt und der gesellschaftlichen Realität in Deutschland. In diesem Sinne appelliert der 110. Deutsche Ärztetag an die zuständigen Stellen im Bund und in den Ländern, durch gesetzliche Regelungen klarzustellen, dass Menschen in der Illegalität in Deutschland, so wie in den übrigen Ländern Europas, ihre grundlegenden sozialen Rechte und damit eine medizinische Grundversorgung ohne Furcht vor Abschiebung in Anspruch nehmen können. Gerade für die Gesundheit der Kinder aus Migrantenfamilien ist dies eine unverzichtbare Voraussetzung.